

15 Jahre nach der Wende – Was würden wir heute anders machen?

**Vortrag des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion
in den Pfeifferschen Stiftungen Magdeburg
am 2. Juni 2004**

Anrede,

Transformationsprozess von der sozialistischen Kommandowirtschaft hin zur sozialen Marktwirtschaft ist in Deutschland und den anderen Staaten ein bisher einmaliges wirtschafts- und sozialpolitisches Experiment.

- kein Drehbuch, keine Vorbilder, keine Szenarien
 - unter dem Strich sind wir sehr gut gefahren
 - schaut man sich die anderen osteuropäischen Länder an, ist der Transformationsprozess mit wesentlich mehr Geldtransfers und wesentlich stärkerer sozialer Abfederung erfolgt als in anderen Ländern
 - Schwierigkeiten des Übergangs waren auch eigene Schwierigkeiten, mit der neuen Situation recht zu kommen
 - einige Auszüge aus meiner eigenen Meinungsbildung 1989/90
-
- einige Irrtümer: Der Westen ging davon aus, dass die notwendigen Transferleistungen für den Osten aus den

Zuwächsen des gewohnten Wirtschaftswachstums West finanziert werden könnten

- aber Wirtschaft in Westdeutschland schwächelte schon seit Ende der achtziger Jahre
- Wiedervereinigung Deutschlands brachte eine vereinigungsbedingte Sonderkonjunktur West
- insgesamt erleben wir aber in Deutschland eine seit vielen Jahren nicht da gewesene Stagnation im Wirtschaftswachstum, ja im letzten Jahr sank das Bruttosozialprodukt sogar um 0,3 %
- Wirkungen des Transfers werden bei zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten West zunehmend in Frage gestellt
- Zum Teil ungerechtfertigte Vorwürfe an die neuen Bundesländer
- Neue Bundesländer wehren sich durch Aufklärungsarbeit
- mit Solidarpakt II sicheres finanzielles Fundament bis 2019 gelegt
- neue Bundesländer legen im Rahmen so genannter Fortschrittsberichte Rechenschaft ab

Anrede,

einige Auszüge aus dem letzten Fortschrittsbericht

- was hätte ich mir anders gewünscht?
- letztes Gesetz der Volkskammer, alle Betriebsleiter per Gesetz zu entlassen und sie zur Wiederbewerbung zu verpflichten, wurde nicht mehr in die Praxis umgesetzt

- damit wurde eine Möglichkeit verspielt, unbelasteten Personen aus der dritten Reihe ihre gerechte Chance zu geben
- bewährte Betriebsleiter, auch SED-angehörig, die sich moralisch einwandfrei verhalten haben, hätten mit dieser Regelung nicht zu befürchten gehabt, alte Seilschaften wären aber wirkungsvoll zerschlagen worden
- dieses ist nicht passiert, sondern es hat sich sehr schnell das alte Ostestablishment mit dem politisch uninteressierten Kapital des Westens verbündet.
- diese unheilige Allianz macht uns bis heute zu schaffen und sie findet sich zum Teil in berufsständischen Organisationen, Vereinen und Verbänden recht wirkungsvoll wieder
- um nicht missverstanden werden zu wollen: Die alte DDR will heute keiner wieder zurück, aber der moralische Anspruch der friedlichen Revolution von 1989 hat sich zumindest bei den Wirtschaftseliten wieder niedergeschlagen

Anrede,

- mit der Wirtschafts-, Währungs-, Rechts- und Sozialunion in fast allen Lebensbereichen wurde der Osten Deutschlands sofort in eine komfortable Situation versetzt, die aber in den letzten 15 Jahren mit einem hohen Preis bezahlt werden musste
- auch hier möchte ich nicht missverstanden werden: Hätte die Bundesregierung so nicht gehandelt, wären unkontrollierbare Wanderungsbewegungen von Ost in Richtung Westen erfolgt
 - („Wenn die D-Mark nicht zu uns kommt, kommen wir zur D-Mark“, war ein ernst gemeinter Spruch)
- haben hiermit aber einen hohen Preis bezahlt
 - Übernahme einer zu hohen Regelungsdichte, die den Aufbau behindert hat

- Ausnahme:
Bundesverkehrswegebeschleunigungsgesetz hat bewusst bundesdeutsches Planungsrecht für die neuen Bundesländer außer Kraft gesetzt. Dieses gute Beispiel muss verlängert und auf ganz Deutschland ausgedehnt werden
- Beispiel Umweltrecht: In 10 Jahren wurden in Sachsen-Anhalt fast alle Haushalte an die zentrale Abwasserentsorgung angeschlossen. Die alten Bundesländer benötigten hierzu 30 Jahre. Die finanziellen Lasten für die Bürger konzentrieren sich aber auch auf einen kurzen Zeitraum, und vielerorts sind die Gebühren und Abgaben für Wasser und Abwasser das kommunalpolitisch dominierende Thema.
- Mit der Sozialunion wurden alle Rentner und Renten nahen Jahrgänge zu absoluten Gewinner der Einheit. Wegen der ausgeprägt langen Berufsbiografien stieg das relative Rentenniveau sogar über das Niveau des Westens
- verschiedene Urteile zu Sonder- und Zusatzversorgungssystemen, ja sogar zu den so genannten Stasi-Renten zwangen die neuen Bundesländer, erhebliche Haushaltsbelastungen, die so nicht vorgesehen und geplant waren, zu tragen. Beispiel: In Sachsen-Anhalt stieg die Haushaltsbelastung für Zusatz- und Sonderversorgungssysteme von 1991 zu 2004 von ... auf ... Euro.
- diese für mich zum Teil unverständlichen Gerichtsurteile legen uns konsumtive Sonderlasten auf, die umgekehrt uns auch nicht vorgeworfen werden können, weil sie durch Richterrecht für uns unabwendbar sind.

Anrede,

- kommen wir zum Gesundheitswesen

- Erinnerung an Mangelwirtschaft, Erinnerung an Zuteilung von medizinischen Dienstleistungen und Medikamenten
- Angst vieler Patienten, dass das für sie notwendige Präparat in der Apotheke nicht pünktlich zu erhalten ist
- geringere Lebenserwartung in der DDR als in den alten Bundesländern
- diese wird Schritt für Schritt angeglichen
- der Preis ist natürlich eine deutliche, aber begründbare Mengenausweitung
- die entsprechende Lohnsumme als Haupteinnahmequelle der gesetzten Krankenversicherungen hat mit diesem Leistungsanstieg allerdings nicht Schritt gehalten, so dass hier deutliche Disproportionen entstanden sind, die uns u. a. in die bekannten Finanzierungsschwierigkeiten, besonders in den neuen Bundesländern geführt haben.
- einige in der DDR bewährte Strukturen der Gesundheitsversorgung wurden jedoch unnötigerweise zerstört. Beispiele: Die integrierte Versorgung in den Polikliniken hätte deutlicher in Praxisgemeinschaften und Kooperationen überführt werden können als dieses geschah.
- die zu DDR-Zeiten übliche ambulante Versorgung in Krankenhäusern wurde auf Druck der FDP und der niedergelassenen Ärzteschaft der alten Bundesländer abgeschafft. Mit dem GMG holen wir diese Entwicklung mühsam wieder zurück.
- die freie Arztwahl ist ein hohes Patientengut. Aber erst jetzt schaffen wir es, Schritt für Schritt mit der Präferenzierung des Hausarzt systems den Hausarzt als Gesundheitslotsen zu etablieren, was gesundheitsökonomisch auf alle Fälle für die meisten Gesundheitsbereiche vorteilhaft ist.

- Krankenhäuser und Heime erlebten durch ein Krankenhausbau- und Modernisierungsprogramm einen ungeahnten Modernisierungsschub
- die Warnungen der Kassen, unnötige Doppelstrukturen und zu viele Betten zu etablieren, wurden jedoch in den Wind geschrieben, so dass wir jetzt davon ausgehen müssen, Bettenzahlen zu reduzieren, ja Krankenhausstandorte zu schließen. Hier hätte besser geplant werden müssen.
- die universitären Gesundheitsstrukturen entzogen sich bisher einer Krankenhausplanung. Erst mit dem jetzt in den Landtag einzubringenden Krankenhausplanungsgesetz werden die Medizinischen Fakultäten gezwungen, sich in die Krankenhausplanung des Landes einzufügen.
- auch dieses Versäumnis hat uns viel Geld gekostet
- aus rein hochschul- und medizinfachlichen Gründen würde eine Medizinische Fakultät für Sachsen-Anhalt ausreichen. Wir haben nun aber zwei etablierte Standorte, die auch historisch ihre Berechtigung besitzen. Wir können diese Standorte nur halten, wenn wir konsequent Doppelstrukturen abbauen und einfordern, dass die medizinischen Fakultäten in Magdeburg und Halle ihre Angebote aufeinander abstimmen.

Anrede,

- weitere Beispiele aus dem Sozialbereich: Das Jugendgesetz der DDR kannte genau, was Sinn und Ziel der Jugend ist, welch ein Hohn
- aber die Überführung der zentralistischen Strukturen in eine freie Trägerlandschaft erfolgte in so mancher Kommune zu zögerlich
- unverständlich, dass bis heute noch sehr viele Kindergärten kommunalgeführt werden und noch nicht in freie Trägerschaft übergeben wurden
- ähnliches gilt für Krankenhäuser

- wir haben einen immer noch zu großen Staatsapparat
- mit der Bildung des Landes Sachsen-Anhalt aus den etwa ehemaligen Bezirken Magdeburg und Halle haben wir ca. 120 000 Beschäftigte in den öffentlichen Dienst übernommen
- gemessen am Maßstab finanzschwacher alter Bundesländer, z. B. Schleswig-Holstein, müssen wir, gemessen an unserer Bevölkerungsdichte, mit ca. 55 000 Landesbedienstete auskommen. Zur Zeit liegen wir bei 65 000.
 - konsequente Personalbewirtschaftung wird auch die nächsten Jahre unumgänglich sein

Anrede,

- zur Wirtschaftsförderung: Die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionale Wirtschaftsstruktur (GA) sowie der Europäische Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) waren und sind die Hauptinstrumente
- bisher Investitionsvolumina in Sachsen-Anhalt von ... Euro realisiert und ... geplant
- gelungen, industrielle Kerne zu stabilisieren
- einige Industrien sind jedoch weggerutscht und nicht oder nur sehr schwer zu revitalisieren
- momentane Diskussion über die Frage: Wie verhalten sich Förderung von Wachstumskernen zur Entwicklung in der Fläche?
- in welchem Verhältnis steht die Förderung der Infrastruktur zur individuellen Bezuschussung von Industrieansiedlungen

Anrede,

- Diskussionsveranstaltung u. a. mit der australischen Botschafterin

- Verwunderung der australischen Botschafterin, warum bei Fragen der Förderung unterentwickelter Gebiete die Deutschen fast nur von notwendigen Subventionen sprechen
- in Australien gibt es kaum Subventionen. Australien arbeitet mit niedrigeren Steuersätzen und einem liberaleren Arbeitsrecht
- eine Studie der EU meint nachweisen zu können, dass die Regionen Europas, die keine bevorzugte Zielförderung erhalten haben, sich nur unwesentlich langsamer als gezielt geförderte Gebiete entwickelt haben
- Schlussfolgerung: Der volkswirtschaftlich richtige Weg, benachteiligte Gebiete zu fördern ist umstritten und wird wohl umstritten bleiben
- die Landesregierung von Sachsen-Anhalt geht weiter davon aus, dass alles getan werden muss, die so genannte Ziel-1-Förderung für Sachsen-Anhalt zu erhalten

Anrede,

- einige Sätze zur Bildungspolitik
- in Ablösung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems durch ein klar gegliedertes ... Schulwesen
- Förderung von Schulen in freier Trägerschaft
- Förderung von universitären und außeruniversitären Forschungs- und Lehrinrichtungen
- aber Gefahr, den jungen Menschen nicht klar und deutlich zu sagen, welche Berufsfelder für sie tatsächlich eine Perspektive haben können
- Studium zu sehr als Selbstverwirklichung, zu wenig als gezielte Vorbereitung auf den Beruf

Anrede,

- Schlussfolgerungen: Experimente des Aufbaus Ost im Großen und Ganzen gelungen
- Erfolg nicht zerreden lassen
- haben erst einen Teil der Wegstrecke erreicht
- die Menschen im Osten und der Osten als allgemein haben eine Reformfähigkeit bewiesen, von der manche Strukturen in den alten Bundesländern nur träumen können
- Diskussion über die Reformfähigkeit Deutschlands muss im Westen anfangen
- viele Erkenntnisse aus notwendigen und aus sozial zumutbaren Flexibilisierungen müssten jetzt auf den Westen übertragen werden
- grundgesetzliches Ziel des Anstrebens für gleiche Lebensbedingungen in ganz Deutschland muss aufrecht erhalten bleiben. Übliche Differenzierungen, wie es sie zwischen dem Emsland und der Region um München gab und gibt, sind hinzunehmen
- eine Behandlung des Ostens als Sonderwirtschaftszone wäre vielleicht 1990 bis 1995 angebracht. Wir sind Teil Deutschlands, wir sind Teil des zusammenwachsenden Europas – die Richtung stimmt

!Es gilt das gesprochene Wort!